

Dienstag (Vormittag), 20. November 2018

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

14 2018.RRGR.506 Kreditgeschäft GR

Universität Bern; Neubau Forschungs- und Ausbildungszentrum Medizin; Verpflichtungskredit für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs

Präsident. Wir kommen nun zum Traktandum 14 mit dem Thema «Universität Bern: Neubau Forschungs- und Ausbildungszentrum Medizin [...]». Auch hier haben wir ein Kreditgeschäft, welches von der BaK vorberaten wurde. Ich gebe dem Sprecher der BaK das Wort, sobald er angemeldet ist. Grossrat Aeschlimann hat das Wort.

Antrag BaK (Aeschlimann, Burgdorf)

Der Verpflichtungskredit ist mit folgender Auflage zu ergänzen:

Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat bis Ende 2019 die strategischen und planerischen Grundlagen in Form eines Berichts für den Raumbedarf der Universität und des Inselspitals Bern vor; mit einer Priorisierung.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP), Kommissionssprecher der BaK. Bei diesem Geschäft geht es um den Ausbau der Medizinischen Fakultät der Universität Bern, und damit ähnlich wie beim gestrigen Geschäft betreffend das Swiss Institute for Translational and Entrepreneurial Medicine (sitem-insel AG) um eine Stärkung des Medizinalstandorts Bern. Dies ist ein strategisches Ziel der Regierung. Der Ausbau soll in einem ersten Schritt mit einem Neubau für Laborinfrastruktur, Praktika und Seminarräume im Baubereich 07 des «Masterplans Inselareal» erfolgen. Die «Überbauungsordnung Insel Areal III» verlangt einen Projektwettbewerb. Zur Durchführung dieses Wettbewerbs braucht es aber einen Kredit im Umfang von 1,2 Mio. Franken.

Erlauben Sie mir zuerst ein paar Worte zu den Hintergründen auf der Nutzerseite: Im Herbstsemester dieses Jahres starten 320 Medizinstudierende. Dies sind 100 mehr als im vergangenen Jahr und gut doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Ein Medizinstudium dauert rund sechs Jahre. Bis 2024 wird sich somit die Gesamtzahl der Medizinstudierenden in Bern auf 2000 erhöhen. Dies wird schweizweit die höchste Zahl sein. Der strategische Ausbau des Medizinalstandorts Bern führt zu einem steigenden Bedarf an Infrastrukturen und zur Herausforderung, die notwendigen Flächen für den Betrieb der Universität auch rechtzeitig bereitzustellen. Ich erinnere an das Ratsgeschäft, welches wir hier drin auch behandelt haben für eine befristete – ich betone: befristete – Zumiete des Renferhauses. Die Entwicklung befindet sich somit im Spannungsfeld zwischen der Autonomie der Universität in betrieblichen Belangen und der Abhängigkeit vom Kanton und von der Staatsrechnung im Infrastrukturbereich. Die wachsende Nachfrage nach Infrastruktur und die Aussage im Vortrag, bei diesem Projekt handle es sich nur um eine erste Etappe des Infrastrukturausbaus der Universität, haben in der BaK und offenbar auch in der FiKo zur Frage geführt, welcher Investitionsbedarf dann noch auf den Kanton zukomme. Die FiKo hat dazu einen Mitbericht verfasst und fordert die BaK explizit dazu auf, eine strategische und planerische Gesamtsicht in Form eines Berichts zu fordern. Die FiKo macht jedoch keine grundsätzlichen Einwände gegen das vorliegende Kreditgeschäft geltend.

Zur Vorbereitung dieses Geschäfts haben wir eine Zusammenstellung des Raumbedarfs der medizinischen Fakultät der Universität Bern erhalten. Zwischen dem Bestand und dem Sollbedarf wird in dieser Tabelle eine Fläche von rund 13 300 Quadratmetern Hauptnutzfläche ausgewiesen. Mit dem vorliegenden Projekt, welches ein Potenzial von 19 600 Quadratmetern Hauptnutzfläche ausweist, würde dieses Delta zwischen Bestand und Sollbedarf abgedeckt. Gemäss den Auskunftspersonen der BVE zu diesem Projekt hat die medizinische Fakultät jedoch derzeit sehr viele Flächen in über hundertjährigen Gebäuden, die nicht mehr den Anforderungen an die heutige Forschung genügen. Die Verantwortlichen gehen davon aus – und es ist wichtig, dass man dies auch sieht –, dass in

Zukunft noch circa 40 000 Quadratmeter Hauptnutzfläche durch neue Gebäude abgedeckt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist der Abänderungsantrag der BaK respektive auch die Forderung der FiKo zu verstehen, aber auch mit Blick auf den Masterplan Inselareal, den Sie vielleicht gesehen haben. Dort sind noch ganz viele Baufelder leer. Es geht darum, einen strategischen Überblick über die grossen Infrastrukturprojekte der ganzen Universität und des Inselspitals zu erhalten, diese finanziell und terminlich einzuordnen und auch gegebenenfalls priorisieren zu können.

Dieser Neubau soll gemäss Grobkostenschätzung 340 Mio. Franken kosten. Die BVE verweist dabei auf eine branchenübliche Genauigkeit von 25–30 Prozent. Die Grobkostenschätzung basiert auf Erfahrungswerten, auf den sogenannten Standardinvestitionskosten der BVE. Es handelt sich hier jedoch um ein hochinstalliertes Forschungsgebäude mit nur wenigen Ausbildungsräumen. Deshalb können die Kosten pro Quadratmeter Hauptnutzungsfläche nicht linear auf den noch anstehenden Neubaubedarf hochgerechnet werden. Der zuständige Projektleiter der BVE hat zudem in den Diskussionen in der BaK bestätigt, dass in der Auswertung der Wettbewerbseingaben die bauökonomischen Parameter der Projekte, insbesondere auch die Lebenszykluskosten, beurteilt werden sollen. Der beantragte Kredit für diesen Architekturwettbewerb liegt im Rahmen vergleichbarer Wettbewerbe, die wir in diesem Rat schon behandelt haben. In letzter Zeit waren dies etwa der Campus Bern, der Campus Biel oder das Polizeizentrum. Die BaK hat dem Verpflichtungskredit mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Die BaK hat jedoch auch den Abänderungsantrag mit 14 zu 0 Stimmen verabschiedet.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Für die BDP-Fraktion spricht Grossrat Stähli.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Der Verpflichtungskredit von 1,2 Mio. Franken für einen Architekturwettbewerb ist innerhalb der BDP-Fraktion unbestritten. Gleichwohl gab dieser Ausgabenposten in der Fraktion zu reden. Mit diesem Verpflichtungskredit geben wir den Startschuss für die Finanzierung eines Bauvolumens von 340 Mio. Franken für einen Neubau mit Laborinfrastruktur und Forschungseinrichtungen. Dass wir damit den Medizinalstandort Bern stärken, ist unbestritten und gewollt. Wir erwarten jedoch auch, dass diese 340 Mio. Franken ausreichen und wir als Grosser Rat nicht von diesem Grossprojekt in Sippenhaft genommen werden. Dass wir bei den folgenden Krediten, was die Bestellungen für den ganzen Medizinalstandort betrifft, als Parlamentarier überfordert sind, hinterlässt zuweilen ein ungutes Gefühl. Wir haben gestern von Willy Marti zu einem vorangehenden Geschäft diesbezüglich bereits etwas gehört, und wir wissen, dass hier etliches auf uns zukommt. Es geht uns hier fast ein wenig so wie bei den Krediten, die den IT-Bereich betreffen. Auch dort müssen wir den Forderungen und Aussagen der Fachleute vertrauen. Dieses Votum ist als Nebenbemerkung zu diesem Verpflichtungskredit gedacht und auch als Manifestation eines unguten Gefühls, weil in diesem ganzen Bereich etwas geschehen könnte, das wir nicht vorausgesehen haben.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Gestern Nachmittag haben wir schon viel über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung am Medizinalstandort Bern gehört. Wir haben auch über den Platzmangel in der medizinischen Fakultät gesprochen beziehungsweise über die nicht mehr zeitgemässen Ausbildungsräume. Man kann sicher sagen, dass die Universität Bern aus allen Nähten platzt, und dort, wo die Nähte noch halten, besteht dringender Sanierungsbedarf. Zusätzlich wurden in den letzten Jahren 100 neue Studienplätze in der Humanmedizin geschaffen. Dies verschärft das Problem natürlich zusätzlich. Der Handlungsdruck ist hoch. Mit dem geplanten Neubau auf dem Baufeld des Inselareals können einige dieser Probleme gelöst werden. Es ist aus Sicht der FDP nötig und sinnvoll, diesen Neubau zu erstellen. Die FDP wird deshalb diesem Kredit von 1,2 Mio. Franken für die Durchführung des Architekturwettbewerbs zustimmen.

Aber auch zu diesem Geschäft erlauben wir uns ein kritisches Wort: Die Stärkung des Medizinalstandorts Bern ist ein strategisches Ziel des Kantons Bern. Die medizinische Fakultät der Universität Bern wird die grösste der Schweiz sein. Bei aller Unterstützung für dieses Vorhaben darf man nicht vergessen, dass ein solcher Entscheid weitreichende Konsequenzen hat. Wenn man strategische Ziele von so grosser Tragweite definiert, müssen diese in ihrer Gesamtheit betrachtet und erst beschlossen werden, nachdem sie zu Ende gedacht worden sind. Es sollte von Anfang an klar oder zumindest absehbar sein, welche Auswirkungen ein solcher Entscheid auf die Infrastruktur und auf die Finanzen hat. Dieselbe Überlegung betreffend eine Gesamtbetrachtung gilt für die gesamte Universität und auch für das Inselspital Bern. Wir wissen es alle: In diesen Bereichen fallen in den nächsten Jahren hohe Investitionen an. Deshalb braucht es unbedingt eine Gesamtübersicht über

die künftigen Investitionen. Wir werden dem Abänderungsantrag der BaK zustimmen. Auch die FDP ist der Meinung, dass mit diesem Bericht bis Ende 2019 die strategischen und planerischen Grundlagen für den Raumbedarf der Universität und des Inselspitals Bern mit Priorisierung dargelegt werden müssen. Dem beantragten Kredit von 1,2 Mio. Franken für den Architekturwettbewerb werden wir zustimmen.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Es gibt böse Zungen, die behaupten, ich hätte etwas zu viel gesprochen, aber ich denke, dies ist nicht der Grund, weshalb ich heiser bin. Auch die Grünen werden diesem Kredit zustimmen. Ich gehe jetzt nicht weiter auf das Geschäft als solches ein. Dies haben meine beiden Vorredner, insbesondere der Kommissionssprecher, schon sehr gut gemacht. Ich möchte mich nun noch zum Abänderungsantrag der BaK äussern. Auch wir sind einverstanden und sind der Meinung, dass man eine Gesamtschau braucht, um zu sehen, was alles nach diesem Kredit noch folgt, sodass man eine Priorisierung vornehmen kann. Der erwähnte Antrag bezieht sich auf den Raumbedarf der Universität und des Inselspitals. Wir sind jedoch der Meinung, dass man eigentlich noch weitergehen und die gesamten Investitionsvorhaben, die in den nächsten anstehen, überblicken sollte. Für uns ist es in Ordnung, dass sich der Abänderungsantrag auf diesen Teil beschränkt, da es bei diesem Geschäft um einen Kredit im Zusammenhang mit der Universität Bern geht. Aber wir machen dem Regierungsrat beliebt, das Ganze umfassender anzuschauen und die Gesamtschau nicht nur auf diesen Teil zu beschränken.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Der Kommissionssprecher hat dieses Geschäft erläutert und auch den Zusatzauftrag mit den Auflagen. Für uns von der EVP bestehen zwei Verbindungen zu anderen Geschäften, die wir in dieser Session behandeln oder bereits behandelt haben. Das erste ist jenes betreffend die sitem-insel AG. Wir wollen neue Infrastrukturen schaffen, auch für Fakultäten, die bei der sitem-insel AG vorübergehend eingemietet werden. Dies hat schon ein paar Fragen aufgeworfen, die wir im Rahmen des betreffenden Geschäfts diskutiert haben.

Ich spreche jetzt auch als Leiter des FiKo-Ausschusses: Es ist wichtig zu wissen, dass wir dieses Geschäft nochmals im nächsten März behandeln werden, wo es darum gehen wird, wie wir weitere Betriebsbeiträge sprechen. Es lohnt sich, genau hinzuschauen, wie viel wir wo investieren, um diesen sogenannten Leuchtturm aufrechtzuerhalten. Es geht darum, dass die Verknüpfungen klar zwischen den beiden Geschäften dargelegt werden und wir in diesem Sinn weiterfahren können. Die zweite Verbindung wurde bereits angesprochen und erscheint mir ebenfalls sehr wichtig: Wir werden noch ein Geschäft betreffend den zukünftigen Fonds für Investitionen auf dem Tisch haben. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, dass man genau anschaut, was alles im Bereich der Medizin und der Insel angedacht ist. Wir haben es gehört: Wir sprechen hier über ein Einzelprojekt von 340 Mio. Franken. Es sind weitere Geschäfte unterwegs. Genau deshalb braucht es diese Gesamtsicht und diese Auflage, die hier vorliegt. Aber wie schon ein Vorredner gesagt hat, braucht es auch in der Gesamtinvestitionsplanung eine saubere Priorisierung und eine Deklaration, was wirklich nötig ist und was wir uns leisten können. Deshalb unterstützt die EVP die Auflage, die hier zusätzlich steht. Sie unterstützt auch den Kredit, den wir für die Planung sprechen, mit dem Hinweis, es sei eine saubere Planung vorzunehmen. Dabei gilt die Prämisse, dass wir in finanzieller Hinsicht sehr eng drin sind. In diesem Sinn unterstützen wir dieses Geschäft.

Präsident. Ich nehme an, Grossrätin Hässig spricht für die SP-JUSO-PSA-Fraktion? – Dies ist der Fall. Sie hat das Wort.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Es wurde mehrfach ausgeführt: Der Medizinalstandort ist wichtig. Es ist auch unbestritten, dass die Schweiz mehr Medizinerinnen und Mediziner ausbilden muss. Eine Medizinausbildung kostet sehr viel Geld, und es ist nichts als recht, dass wir nicht alle Mediziner aus den umliegenden Ländern abziehen, welche diese mit teurem Geld ausbilden. Ich denke, darin sind wir uns alle einig. Es ist auch selbstverständlich, dass Forschungsinfrastrukturen erneuert werden müssen. Weil die Bedürfnisse ständig zunehmen und der Medizinalstandort wächst, wachsen natürlich auch die Begehrlichkeiten. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Abänderungsantrag sowie den Kredit. Wir werden im Grossen Rat mit den unguuten Gefühlen leben müssen. Die Komplexität solch grosser Geschäfte werden wir nie durchschauen können. Daran hatten wir auch in der BaK zu kauen. Vielleicht hat jemand eine gute Idee. Sonst müssen wir einfach mit diesen unguuten Gefühlen leben, und es nützt auch nichts, wenn wir darüber sprechen.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Da nun jede Fraktion hier vorne gesprochen hat, hatte ich den Eindruck, ich müsse wohl auch noch ans Rednerpult treten. Unter uns gibt es einige, die diesem Kredit wahrscheinlich nicht zustimmen werden. Dies aufgrund folgender Überlegung: Sie haben es gehört, die 1,2 Mio. Franken sind noch nicht sehr viel Geld. Für mich wäre dies zwar schon recht viel, aber für einen Architekturwettbewerb ist es gut. Aber die 340 Mio. Franken, welche diese Planung auslösen wird, sind eine gewaltige Summe. Ich habe es gestern schon bei einem vorgängigen Geschäft gesagt: Wir müssen in Zukunft schon noch ein bisschen besser schauen, was und wie wir bauen und was wir uns alles leisten können und wollen. Ich bitte insbesondere die Verwaltung, genau hinzuschauen, welchen Standard wir haben, wieviel Kunst am Bau drin liegt und was wir uns in den nächsten Jahren wirklich noch leisten können. Es kommen zahlreiche Bauvorhaben hinzu, die ich eigentlich auch gerne durchführen würde. Doch wir müssen überall genau hinschauen, vielleicht auch bei anderen Direktionen, um zu überlegen, was wir uns leisten können, und das Unnötige streichen. Es wird zu diesem Geschäft ein paar Gegenstimmen geben.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Grossrat Aeschlimann hat das Wort.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP), Kommissionssprecher der BaK. Ich erlaube mir, als Kommissionssprecher kurz auf eine Aussage zurückzukommen, damit keine Missverständnisse entstehen. Es geht um die Kostengenaugigkeit. Aus den Voten habe ich sinngemäss herausgehört, dass das Geld dann aber auch ausreichen müsse. Zum Verständnis: Es handelt sich, wie ich erwähnt habe, um eine Grobkostenschätzung mit einer Kostengenaugigkeit von plus/minus 25–30 Prozent. So hat es die BVE gesagt; ich hoffe, dass ich es richtig verstanden habe. Es ist ein Thema, welches bei den Investitionskrediten in letzter Zeit immer wieder für Diskussionen gesorgt hat, nicht nur in der BaK, sondern auch hier im Rat. Diese 340 Mio. Franken, die jetzt im Raum stehen, darf man nicht als absolute Grösse verstehen. Man müsste diese Zahl mit 0,7 und mit 1,3 multiplizieren. Das können Sie selber rasch nachrechnen. Man kommt auf einen Betrag zwischen rund 238 Mio. und 442 Mio. Franken. Wenn man von einer Grobkostenschätzung spricht, müsste man diesen «range» miterwähnen oder zumindest mitdenken. Sie kennen es aus eigener Erfahrung: Wenn Sie zum Beispiel Ihr Dach ausbauen möchten, können Sie nicht mit einem Fachmann von der Strasse aus das Haus anschauen und ihm dann sagen: «Sagen Sie mir, was dies ungefähr kostet.» Er wird Ihnen vielleicht schon eine ungefähre Zahl nennen, aber es wäre Ihnen klar, dass diese Zahl wahrscheinlich nicht so genau ist. Die BVE hat wahrscheinlich auch keine Wunderheiler, die Fernbehandlungsmethoden anwenden. Sie können sich diesen Zahlen annähern, müssen jedoch ein Projekt, also ein Wettbewerbsergebnis haben, um eine genaue Kostenaussage machen zu können. Erst dann können die Kostenplaner und Kostenrechner richtig mit ihrer Arbeit beginnen.

Präsident. Wir haben die Debatte jetzt inklusive Antrag der BaK geführt. Ist das richtig, Herr Aeschlimann? *(Grossrat Aeschlimann signalisiert Zustimmung.)* Wünscht der Regierungsrat das Wort? – Dies ist der Fall.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Wer sich in den letzten Wochen oder Monaten auf dem Inselareal aufgehalten hat, hat es selber gesehen: Im Moment ist dort in baulicher Hinsicht einiges los. Dies wird so weitergehen, denn das Inselareal ist der entscheidende Hotspot, um den Medizinalstandort Bern zu stärken. Wir haben schon gestern hier drin darüber diskutiert. Wir bauen dort an der medizinischen Zukunft. Auch der Kanton Bern hat Baufelder auf dem Inselareal: Im Baubereich 07 an der Friedbühlstrasse will man ein neues Forschungs- und Ausbildungszentrum schaffen. Damit können wir nicht länger warten, denn wir haben seit diesem Jahr die Anzahl Studienplätze von 220 auf 320 pro Studienjahr erhöht. Es braucht neue Räumlichkeiten. Im Augenblick behilft man sich noch mit den bestehenden Räumlichkeiten, doch dies ist kein dauerhafter Zustand.

Zu Recht hat man schon in der Vorberatung die Frage nach der Raumstrategie für die medizinische Fakultät aufgeworfen. Es ist interessant: Man diskutiert über Quadratmeter, aber bei der Universität und der Fachhochschule zeigen die Zahlen nach oben. Überall spricht man von Digitalisierung, Reorganisation, Teilzeitarbeit und Homeoffice, was weniger Raum benötigt. In diesen Bereichen ist dies noch nicht ganz angekommen. Natürlich muss auch das erste Ausbauprojekt Teil einer Gesamtplanung sein. Das Ausbauprojekt ist auch Teil einer Gesamtplanung. Die Universität hat den zukünftigen Raumbedarf der medizinischen Fakultät detailliert analysiert und gemeinsam mit der ERZ sowie mit meiner Direktion eine Gesamtplanung erstellt. Unser erstes Ausbauprojekt basiert

auf dieser Planung. Wir bauen somit nicht auf Vorrat, sondern wir bauen etwas, das man braucht. Ich muss es so sagen: Dieser Neubau reicht nicht einmal aus, doch es ist ein erster Schritt, um aus diesem Baufeld 07 das bauliche Maximum herauszuholen.

Zum Antrag der BaK: Diese hat ja einen Ergänzungsantrag gestellt: Der Regierungsrat soll dem Grossen Rat bis Ende des kommenden Jahres die strategischen und planerischen Grundlagen in Form eines Berichts für den Raumbedarf der Universität und des Inselspitals Bern mit einer Priorisierung vorlegen. Sie haben es bereits am Anfang gehört: Ich habe grosses Verständnis für diesen Antrag. Ich unterstütze diesen Antrag, und es ist nicht nur die Universität, die hier entsprechend arbeiten muss. Dies habe ich bereits in der Kommission gesagt. Wir sind seitens der BVE sowieso dabei, eine Immobilienstrategie zu erarbeiten. Es wird dann auch Substrategien geben. An die Adresse von Grossrat Bärtschi: Wir bauen so oder so nur noch nach Standard. Es gibt keine Eigenentwicklungen mehr; diese sind Geschichte. Das Architekturbüro Herzog und de Meuron darf gerne Vogelnerster und Ähnliches entwerfen, aber nicht für den Kanton Bern. Zurück zum Bericht: Dieser Bericht ist eine gemeinsame Arbeit der ERZ, der Universität und der BVE. Die Federführung liegt bei der ERZ. Ich sichere Ihnen zu, dass Ihre weiteren Kreditbeschlüsse zu diesem Projekt nur gestützt auf diesen Bericht gefällt werden. Das heisst, dass Sie diesen sehen werden. Den Architekturwettbewerb jedoch möchten wir unabhängig davon sofort lancieren. Wir wollen und müssen dieses Baufeld möglichst rasch optimal bebauen und danach nutzen können. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kreditantrag zuzustimmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Abänderungsantrag der BaK ab. Wer dem Antrag der BaK zustimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag BaK [Aeschlimann, Burgdorf] – Auflage)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	150
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Sie haben dem Abänderungsantrag mit 150 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen zum Kreditgeschäft. Wer diesem Kredit zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Verpflichtungskredit mit Auflage BaK)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme mit Auflage BaK

Ja	143
Nein	0
Enthalten	7

Präsident. Sie haben dem Kredit mit 143 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.